

INFORMATIONEN ZUR GEOGRAPHIE UND WIRTSCHAFTSKUNDE

Bearbeitet unter der Leitung von F. AURADA, mit Unterstützung der Kartographischen Anstalt Freytag-Berndt und Artaria, Wien.

Urbanisierungstendenzen und Gemeindezusammenlegungen in Österreich¹⁾

Von Ambros KÖTTNER, Wien

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß in vielen Ländern der Erde eine Verdichtung bzw. Zusammenballung der Bevölkerung zu beobachten ist. Dies hängt nicht unbedingt von einer stark zunehmenden Bevölkerungszahl ab, sondern ist auch in Gebieten mit geringer Zunahme oder Dichte der Bewohner festzustellen. —

Unter **Urbanisierung** (**Verstädterung**) versteht man „eine prozentuelle und absolute Zunahme der Bewohner einer Region, die mit Landwirtschaft in keinem direkten Abhängigkeitsverhältnis mehr stehen; oftmaliger Grund für Ballungs- und Verdichtungserscheinungen, die in der Landesplanung zu Entwicklungsplänen Anlaß geben“ (Def. aus: Westermann, Lexikon der Geographie, Braunschweig 1970). Die fortschreitende Urbanisierung führt also zur Verdichtung der Bevölkerung und von Wohn- und Arbeitsplätzen und in der Folge davon zur Umformung größerer Gebiete und Siedlungszonen. Der Urbanisierungsprozeß muß daher nicht nur von der Entwicklung der Kernräume, sondern auch von deren Umgebung her betrachtet werden.

Ballungsräume gibt es, wie vorhin erwähnt und wie aus jeder Bevölkerungskarte der Erde zu entnehmen ist, in vielen Teilen der Erde, auch in dünnbesiedelten Gebieten wie z. B. in Australien, wo der Urbanisierungsgrad schon einen sehr hohen Wert erreicht hat. An der Ostküste der USA und in Mitteljapan wird es zu einem Zusammenwachsen vieler Städte und zur Bildung einer „Megalopolis“ (Riesenstadt) kommen; analoge Entwicklungen sind in Nordfrankreich, im Raum Mailand, in Oberschlesien und im Ruhrgebiet festzustellen; Wohn- und Arbeitsgebiete sind oft stark vermischt.

Was nun die Entwicklung in Österreich betrifft, so sei vorweggenommen, daß auch hier die Verstädterung zunimmt, wenn auch in geringerem Maß als in den vorhin erwähnten Staaten und Räumen.

Bevor jedoch auf diese Erscheinungen eingegangen wird, sollen die Einwohnerzahlen aufgrund der Volkszählung 1971 und deren prozentuelle Veränderung gegenüber 1961 angeführt werden:

¹ Siehe hierzu „Wirtschaftskunde Österreichs 1974“ — Beilage zu Freytag-Berndt, Neuer Schulatlas, S. 2.

Burgenland	272 119	(+ 0,6% gegenüber 1961)
Kärnten	525 728	(+ 6,2% gegenüber 1961)
Niederösterreich	1 414 161	(+ 2,7% gegenüber 1961)
Oberösterreich	1 223 444	(+ 8,2% gegenüber 1961)
Salzburg	401 766	(+ 15,1% gegenüber 1961)
Steiermark	1 192 100	(+ 4,8% gegenüber 1961)
Tirol	540 771	(+ 16,5% gegenüber 1961)
Vorarlberg	271 473	(+ 21,5% gegenüber 1961)
Wien	1 614 841	(− 1,5% gegenüber 1961)
Republik Österreich	7 456 403	(+ 5,2% gegenüber 1961)

Die Bevölkerungsbewegung setzt sich aus der Geburtenbilanz \pm Wanderungsbilanz zusammen und differiert in den verschiedenen Bundesländern sehr stark; so hat z. B. der Politische Bezirk Feldkirch eine Geburtenbilanz von 17,7% und eine Wanderungsbilanz von +10,7, sodaß die Bevölkerungszunahme 1961—71 28,4% betragen hat. In Wien dagegen betrug die Geburtenbilanz −4,7% und die Wanderungsbilanz +3,2%, sodaß die Bevölkerungsabnahme 1,5% ausgemacht hat.

Nun soll die Bevölkerungsentwicklung der österreichischen Städte über 20 000 Einwohner innerhalb ausgewählter Volkszählungen von 1869—1971 in Tabellenform dargestellt werden, wobei folgendes gilt:

- Die jeweiligen Einwohnerzahlen beziehen sich auf die Gemeindefläche am 12. Mai 1971
- das damalige Dorf Traun (seit 1973 Stadt) wird einbezogen
- die miteinander verwachsenen Städte Bruck an der Mur und Kapfenberg sind zusammengefaßt (Br-Kpfbg)
- Die Prozentzahlen beziehen sich auf die Veränderungen von einer zur anderen der ausgewählten Zählungen
- %S bedeutet die prozentuelle Zunahme von 1869—1971

Stadt	1869	1910	$\pm\%$	1961	$\pm\%$	1971	$\pm\%$	%S
Wien	898 955	2 083 497	+132	1 627 560	− 28	1 614 841	− 1	+ 80
Graz	94 729	193 790	+105	237 080	+ 22	248 500	+ 5	+162
Linz	46 850	83 356	+ 78	195 978	+135	202 874	+ 4	+333
Salzburg	26 109	56 423	+116	108 114	+ 92	128 845	+19	+393
Innsbruck	25 354	65 221	+157	115 197	+ 76	116 511	+ 1	+360
Klagenfurt	19 039	41 375	+217	69 218	+ 67	74 326	+ 7	+290
Wels	10 660	17 308	+ 62	41 060	+132	47 279	+15	+343
St. Pölten	10 731	30 958	+188	40 710	+ 31	43 300	+ 6	+296
Br-Kpfbg	7 175	20 035	+179	39 981	+ 99	42 360	+ 6	+488
Steyr	16 593	22 272	+ 34	38 306	+ 72	40 578	+ 6	+145
Leoben	11 062	29 462	+166	36 259	+ 23	35 153	− 3	+218
Wr. Neustadt	18 274	32 874	+ 80	33 845	+ 3	34 774	+ 3	+ 90
Villach	6 036	19 298	+220	32 971	+ 70	34 595	+ 5	+473
Dornbirn	8 707	16 320	+ 87	28 075	+ 72	33 810	+20	+285
Krems/Donau	14 265	20 536	+ 44	21 733	+ 6	23 921	+10	+ 67
Bregenz	5 145	13 687	+166	21 428	+ 57	22 839	+ 7	+344

Stadt	1869	1910	±%	1961	±%	1971	±%	%S
Baden	10 621	20 632	+ 94	22 484	+ 9	22 631	+ 1	+113
Klosterneubg.	8 466	22 146	+162	22 787	+ 3	21 912	— 4	+159
Feldkirch	6 186	11 830	+ 91	17 343	+ 46	21 214	+22	+243
Traun	1 781	5 026	+182	16 026	+219	20 843	+30	+1 070

Aus dieser Tabelle ergibt sich, daß das Bevölkerungswachstum in den einzelnen Städten bzw. Stadtregionen (denn früher waren die Flächen der Städte ja wesentlich kleiner als heute), innerhalb der letzten hundert Jahre sehr verschieden hoch war: es schwankte von 1869—1971 zwischen 67% und 1070%! In einzelnen Städten ist keine dauernde Zunahme, sondern auch eine Abnahme der Wohnbevölkerung zu verzeichnen gewesen (Klosterneuburg, Leoben, Wien). Einzelne Kleinstädte entwickelten sich überdurchschnittlich stark; die Ursachen lagen in der Verkehrslage (Villach), auch verbunden mit Industrialisierung (Bruck a. d. Mur + Kapfenberg), durch Verwaltungsaufgaben (Bregenz) oder auch infolge des Funktionswandels zum Wohnvorort (Traun).

Wenn wir die Verstädterung in Österreich betrachten, dürfen wir mit unseren Überlegungen nicht an Verwaltungsgrenzen Halt machen, sondern müssen auch das Umland der betreffenden Siedlungen in unsere Betrachtungen einbeziehen; wir müssen also außer der „Kernstadt“ auch das „Ergänzungsgebiet“, die „Verstädterte Zone“ und die „Randzone“ als „Außenzonen“ mit einbeziehen.

Die „Kernstadt“ ist das Verwaltungsgebiet des Gravitationszentrums der Stadtregion; das „Ergänzungsgebiet“ besteht aus Gemeinden, die entweder unmittelbar oder in Verbindung mit anderen Gemeinden auch nur mittelbar an die Kernstadt grenzen; die „Verstädterte Zone“ ergibt den Nahbereich jener Umlandgemeinden, deren Bevölkerung vorwiegend gewerblich tätig ist und größtenteils in der Kernstadt oder im Ergänzungsgebiet arbeitet. Die Randzone schließlich umfaßt das Gebiet der übrigen Umlandgemeinden — in diesen ist schon ein beachtlicher Anteil von in der Land- und Forstwirtschaft Berufstätigen wohnhaft; die Auspendler der Randzone arbeiten jedoch überwiegend in Kernstadt und Ergänzungsgebiet.

Diese vier Gebiete bilden als Ganzes die „Stadtregion“. Aus einer Randzone pendeln mindestens 20% der in einer solchen wohnhaften Berufstätigen in die Kernstadt. Alle Städte Österreichs mit Ausnahme von Baden, Dornbirn, Feldkirch, Klosterneuburg und Traun haben solche Stadtregionen (Klosterneuburg gehört zur Stadtregion Wien, Traun zur Stadtregion Linz).

Die Zahl der in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen liegt im Ergänzungsgebiet unter 10%, in der Verstädterten Zone zwischen 10 und 30% und in der Randzone zwischen 30 und max. 65% aller Berufstätigen.

Wenn man nun die Bevölkerungszunahme in diesen Regionen bzw. Zonen betrachtet, so kann man ein verschieden starkes Wachstum feststellen. Schon von 1951—1961 sind in Österreich die Kernstädte nur langsam gewachsen, während die Ergänzungsgebiete und die Verstädterten Zonen wesentlich rascher an Volkszahl zugenommen haben. Das stärkste Wachstum hatte die Stadtregion Linz, während die Stadtregion Wien in allen Zonen einen Wachstumsstillstand aufgewiesen hat. Während die Großstadtregionen (ohne der eben erwähnten Region Wien) außerhalb der Kernstädte am meisten wuchsen,

war dies bei den mittelstädtischen Regionen nicht der Fall: diese hatten die Hauptzunahme in den Kernstädten.

Die Periode 1961—71 brachte in Österreich vor allem in den Stadtregionen einen beachtlichen Bevölkerungszuwachs. So entfielen auf die Stadtregionen Bregenz, Bruck a. d. Mur + Kapfenberg, Graz, Innsbruck, Klagenfurt, Krems a. d. Donau, Leoben, Linz, Salzburg, St. Pölten, Steyr, Villach, Wels, Wien und Wr. Neustadt 44% der Bevölkerungszunahme! Der Anteil dieser Stadtregionen an der Gesamtbevölkerung ist jedoch wegen der negativen Wiener Bevölkerungsbilanz von 47,1% auf 46,1% gesunken. Die Stadtregionen ohne Wien hatten eine Zunahme von 11,1%, das ist mehr als das Doppelte des österreichischen Durchschnittes von 5,2%; 32% hievon entfallen auf die Kernstädte und 68% auf die Außenzonen. Die Stadtregion Wien als Ganzes stagnierte 1961—71. Während in den Außenzonen eine Zunahme zu verzeichnen war, gab es in der Kernstadt einen Bevölkerungsrückgang.

Nun eine kurze Gegenüberstellung der Maxima und Minima:

Kernstädte:	+17,9% (Salzburg)	-3,1% (Leoben)
Ergänzungsgebiete:	+75,1% (Linz)	-0,6% (Wien)
Verstädterte Zone:	+34,9% (Wels)	+0,4% (Wien)
Randzone:	+28,2% (Bregenz)	+7,0% (Leoben)

Für alle Stadtregionen zusammen ergaben sich folgende Mittelwerte: Kernstädte: +2,0%, Ergänzungsgebiete: +16,0%, Verstädterte Zonen: +18,0%, Randzonen: +15,3%.

Ein weiterer Begriff muß in diesem Zusammenhang noch erwähnt werden: die Agglomeration. Man versteht hierunter allgemein das eine Stadt überschreitende städtische Ballungsgebiet. Agglomeration (A) und Stadtregion (SR) sind nicht identisch (Einwohner 1971 i. Tsd.):

Wien	Stadt	1 615	A 1 764	SR 1 871
Graz	Stadt	249	A 293	SR 317
Linz	Stadt	203	A 266	SR 355
Salzburg	Stadt	129	A 168	SR 198
Innsbruck	Stadt	116	A 141	SR 167

Das Vorarlberger Rheintal als Agglomeration zählt bei Einflußüberlagerungen mehrerer Städte etwa 150.000 Einwohner.

Was den Bevölkerungszuwachs auf Gemeindeebene betrifft, so war dieser 1961—71 in den kleinen Mittelgemeinden (v. 3—5 000 Einw.) mit 10,2% am größten.

Aber auch alle anderen Gemeindegrößenklassen außer Wien verzeichneten ein Wachstum, wobei in den Kleingemeinden die Geburtenüberschüsse ausschlaggebend waren. Bei den Großstädten spielt der Wanderungsgewinn eine wichtige Rolle. Der Prozentsatz der Wiener Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Österreichs fiel von 1961—71 von 23,3 auf 21,7.

Das Faktum der Urbanisierung spielt aber auch innerhalb der Grenze von Großstädten eine beachtliche Rolle; es sei hier nur an die Errichtung von großen Randsiedlungen erinnert, wie z. B. in Wien die Großfeld- und die Per Albin Hansson-Siedlung. Dadurch kam es auch zu einer teilweisen Umschichtung der Bevölkerung.

Die Entwicklung der Urbanisierung Österreichs in Tabellenform:

Volkszählung von:	1910	1920	1934	1951	1961	1971
nach Gebietsstand von:	1910	1920	1936	1956	1965	1972
Zahl der Gemeinden:	3 465	3 551	4 376	4 033	3 931	2 414
Gesamtbevölkerung in Mio:	6,65	6,07	6,76	6,93	7,07	7,46
% in Gemeinden über 2000 Einw.	61,9	60,2	60,8	65,0	68,0	75,4
% in Gemeinden mit oder unter 2000 Einw.	38,1	39,8	39,2	35,0	32,0	24,6

40% der Neubauwohnungen innerhalb von 10 Jahren entfielen in Wien auf nur 4 der 23 Stadtbezirke, wogegen mehrere Innenbezirke stark fallende Bewohnerzahlen aufweisen. Dazu kommen in diesen Bezirken noch zahlreiche Umwidmungen von Wohnungen in Büros. Langsam kommt es in Wien durch Neubauten und Assanierung von Altwohnungen zu einer Verbesserung der Wohnungsstruktur. Die Versorgung mit verschiedenen Diensten läßt in manchen Stadtrandgebieten oft zu wünschen übrig; so sind z. B. zu wenig Ärzte zur Verfügung, obwohl Wien im Ganzen gesehen hier an der Spitze steht. Auf den 1. Bezirk entfallen auf 10.000 Einwohner 14,3, auf den 22. Bezirk jedoch nur 4,1 praktische Ärzte. Auch in anderen „jungen“ Randbezirken ist die Lage nicht viel günstiger.

In einem beachtlichen Gegensatz zur Erweiterung der Verbauungsfläche in Wien steht der Rückgang der Bevölkerungszahl in dieser Stadt. Obwohl in den letzten fünf Jahren 95.000 Menschen nach Wien zugezogen sind (56.000 Inländer, 39.000 Ausländer) und 41.000 aus Wien weggezogen sind, ist wegen der ungünstigen Geburtenbilanz ein weiterer Rückgang der Bevölkerungszahl zu erwarten. Bis 1981 dürfte die Einwohnerzahl Wiens nur mehr um 1,5 Mio betragen. Das Geburtendefizit wird nicht mehr durch den Wanderungsgewinn ausgeglichen. Zudem sind 28% der Stadtbevölkerung älter als 60 Jahre. Fast $\frac{2}{3}$ der weggezogenen Wiener wählten ihren neuen Wohnsitz in Niederösterreich und ein großer Teil dürfte in der Stadtregion Wien verblieben sein und weiterhin in Wien arbeiten, denn die stark steigenden Einwohnerzahlen vieler Gemeinden in der Umgebung Wiens lassen sich wohl nur durch diesen Umstand erklären.

Ob diese Entwicklung der Bevölkerungsabnahme innerhalb der Stadt Wien, der „Kernstadt“ also, positiv oder negativ zu beurteilen ist, darüber sind die Meinungen geteilt — im Gegensatz zu Wien weisen ja fast alle europäischen Großstädte steigende Bevölkerungszahlen auf. Während sich offizielle Stellen beilegen, diese Entwicklung als positiv für Stadtplanung, Assanierung usw. hinzustellen, sehen andere hierin eine ausgesprochen negative Tendenz. Die Wahrheit dürfte auch hier in der Mitte liegen, wenn auch nicht übersehen werden soll, daß weniger Bewohner natürlich weniger Konsumenten bedeuten. Die Attraktivität Wiens für sein Umland besteht hauptsächlich nur mehr als Arbeitsplatz (die Zahl der Pendler ist z. Zt. noch steigend), aber weniger als früher als Dauerwohnort. Der Bevölkerungsschwund ist durch Inländer nicht mehr auszugleichen.

Die Stadtregion Wien als Ganzes hat dagegen eine ausgeglichene Bevölkerungsbilanz. Wünschenswert wäre hier eine Verbesserung des Verkehrsgefüges; vor allem das öffentliche Verkehrsangebot läßt in bzw. aus einigen Richtungen noch zu wünschen übrig, wenn auch die Bedeutung des Individualverkehrs gerade bei den Tagespendlern nicht zu unterschätzen ist.

Zu den Stadtregionen Österreichs sei abschließend noch angeführt, daß sie überwiegend in den 7 Zentralräumen von Wien-Niederösterreich-Burgenland, Oberösterreich, Steiermark, Tirol, Salzburg, Kärnten und Vorarlberg liegen; auf 15% der Fläche leben 54% der Bevölkerung mit 56% der Berufstätigen — wobei im österreichischen Durchschnitt etwa 41% berufstätig sind (in Wien knapp 45%).

Etwa die Hälfte der österreichischen Bevölkerung lebt in Gemeinden über 5000 Einwohner; das ist international gesehen nicht viel. In vielen hochindustrialisierten Staaten wohnen mehr als 75% der Menschen in Städten — was das für Umweltschutz und Erholung bedeutet, liegt auf der Hand und braucht in unserer Gegenwart wohl nicht im Detail erörtert werden.

Die Zahl der österreichischen Gemeinden betrug am 1. Jänner 1973 2.327, während sie zum Zeitpunkt der Volkszählung 1961 noch 3.958 betragen hatte. Auf die einzelnen Bundesländer verteilen sich die Zahlen wie folgt (in Klammern die Zahlen für 1961): Burgenland 138 (319), Kärnten 121 (204), Niederösterreich 573 (1.652), Oberösterreich 445 (445), Salzburg 120 (119), Steiermark 550 (835), Tirol 283 (287), Vorarlberg 96 (96), Wien 1 (1). Bis 1974 haben sich die Zahlen nur unwesentlich verändert. Die Zahl der Gemeinden hat sich also in den Bundesländern Burgenland, Kärnten, Niederösterreich und Steiermark wesentlich verringert. Im Bundesland Salzburg erhöhte sich dagegen die Zahl durch die Konstituierung der Gemeinde Bürmoos um eins, die Zahlen für Tirol verringerten sich unwesentlich, während Oberösterreich, Vorarlberg und natürlich Wien keine Änderungen zu verzeichnen hatten.

Die Durchführung der Gemeindegemeinschaften hat in einigen Bundesländern viel Staub aufgewirbelt und es ist in diesem Zusammenhang viel Pro und Contra geredet und geschrieben worden. Es soll nun versucht werden, das Problem der Fusionierungen zu schildern und deren positive und negative Folgen kurz zu skizzieren.

Man muß von der Tatsache ausgehen, daß viele Zwerggemeinden (unter 500 Einwohner) und Kleingemeinden (500—1.000 Einwohner) nicht über die infrastrukturellen Einrichtungen verfügen können, die zu einem modernen Gemeinwesen gehören. In diesem Zusammenhang spielen auch die „Zentralen Orte“ und deren Funktion eine Rolle, d. h. viele Institutionen kultureller, wirtschaftlicher und sonstiger Art können und müssen nicht in jedem Ort vorhanden sein. Und doch wären verschiedene Härten bei einigermaßen gutem Willen zu vermeiden gewesen.

Niederösterreich war ein typisches Land von Klein- und Zwerggemeinden, daher verringerte sich die Zahl der Gemeinden in diesem Bundesland am stärksten (von 1.652 auf 573, d. i. um etwa zwei Drittel). Vor allem die kleinflächigen, in geschlossener Siedlung erbauten Gemeinden des Wein- und Waldviertels sowie des Marchfeldes waren von Fusionen betroffen, während südlich der Donau, und hier vor allem im Streusiedlungsbereich der Flysch- und Kalkalpen, die Zusammenlegungen zahlenmäßig in bescheidenen Grenzen geblieben sind.

In der Steiermark erfolgte eine Reduzierung der Gemeinden um ein Drittel, wobei auch dort der alpine Bereich, also die Obersteiermark, unberührt blieb.

Ziemlich radikal ging man in Kärnten vor, wo die Zahl der selbständigen Gemeinden fast um die Hälfte verringert worden ist.

Im Burgenland wurde die Zahl der Gemeinden um etwa 60% reduziert, wobei vor allem das Mittel- und das Südburgenland betroffen wurden.

In Niederösterreich ging die Fusionierung nach Schaffung der gesetzlichen Grundlagen in zwei Phasen vor sich. Mit 1. Jänner 1971 wurde sie auf freiwilliger Basis, allerdings manchmal mit mehr oder weniger sanftem Druck, geführt und ging relativ reibungslos vor sich, wenn es auch immer wieder zu Differenzen kommen mußte. Als Ziel war gesetzt, nach Möglichkeit Gemeinden mit über 1.000 Einwohnern zu schaffen. Das wurde auch weitgehend erreicht, doch gab es eine größere Anzahl von Gemeinden, die an einer freiwilligen Fusionierung aus verschiedensten Gründen nicht interessiert waren. Mit 1. Jänner 1972 wurde die zweite Phase durchgeführt, bei der es dann zu Zwangszusammenlegungen gekommen ist. Aber auch jetzt konnten sogar einige Zwerggemeinden ihre Selbständigkeit bewahren, wie z. B. die Erdölgemeinde Aderklaa nordöstlich von Wien (1971: 183 Einw.). Von den niederösterreichischen Gemeinden hatten 1973 noch 90 unter 1000 und 25 unter 500 Einwohner.

Während in der Steiermark die Gemeindezusammenlegungen (ab 1. 1. 1968) verhältnismäßig glatt über die Bühne gegangen waren, war dies in Kärnten (ab 1. 1. 1973) und im Burgenland (ab 1. 1. 1971) nicht der Fall. Bei den von den Landesregierungen zwangsweise durchgeführten Fusionen kam es teilweise zu massivem Widerstand der sich mit Recht übergangen fühlenden Bevölkerung mancher Orte, wie z. B. in Antau, wo zwei ihrer Lage und Struktur nicht zusammenpassende Orte als eine Gemeinde zusammengelegt wurden.

Die Gemeindezusammenlegungen haben freilich durchaus reale Gründe: sie sollen einmal den für die Zukunft vorgesehenen Regionsbildungen den Weg bereiten, die im Zeitalter der modernen Raumplanung notwendig sein werden; Änderungen werden sich sicher auch bei den Politischen Bezirken ergeben. So ist es z. B. in diesem Zusammenhang wahrscheinlich, daß der Gerichtsbezirk Allentsteig vom PB. Zwettl zum PB. Waidhofen a. d. Thaya und der GB. Zistersdorf vom PB. Gänserndorf zum PB. Mistelbach kommen wird. Ein weiterer ganz wesentlicher Grund liegt in der Finanzpolitik des Bundes — kurz gesagt: je größer die Gemeinde, desto höher die steuerlichen Ertragsanteile. Daher ist auch das Bestreben mancher Städte zu verstehen, die Einwohnerzahl 50.000 zu überschreiten (Villach, St. Pölten, Wr. Neustadt). Bei Wr. Neustadt ist die Schwelle nicht erreicht worden, denn die Bewohner der bereits früher zusammengelegten Gemeinde Wöllersdorf-Steinbrüchl haben mit Dreiviertelmehrheit die Fusionierung verworfen und zu einer Zwangsfusionierung ist es nicht gekommen, da diese Gemeinde bei der letzten Volkszählung ohnedies 2.456 Einwohner zählte.

Eine Reihe von zwangsfusionierten Gemeinden hatte sich übrigens an den Verfassungsgerichtshof gewendet, der aber abweisend entschied. Dem Vernehmen nach soll sich der Europarat in Straßburg mit der Angelegenheit befassen und damit ihre Rechtmäßigkeit prüfen.

Trotz Zusammenschluß von Gemeinden gibt es dort weiterhin Angelegenheiten, die oft nur in größerem Rahmen zu lösen sind, wie Abfall- und Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung, aber auch Steuereinhebung und es wurden deshalb verschiedentlich Gemeindeverbände gegründet; in Niederösterreich wurden auf diese Art in 12 Verbänden bisher 189 Gemeinden zusammengefaßt.

Es stellt sich wohl die Frage, ob die Fusionierungen in diesem Ausmaß notwendig waren bzw. was sie eingebracht haben. Die Tendenz zu Zusammenschlüssen besteht ja nicht nur hier, sondern auch in anderen Bereichen, z. B. in der Wirtschaft. Die Vorteile solcher Vereinigungen liegen zweifellos in einer Zentralisierung der Verwaltung, es läßt sich manches leichter auf einen gemeinsamen Nenner bringen und durchführen. Andererseits steigen aber auch viele Kosten. Während in industriellen, dicht besiedelten Gebieten die Fusionierungen auf jeden Fall überwiegend positiv zu werten sind, erweisen sie sich im ländlichen Raum wesentlich problematischer.

Wie hat nun die Bevölkerung der betroffenen Orte reagiert? Wie schon angedeutet, sehr verschieden. Für manche Gemeinden, vor allem die „Kernsiedlungen“, liegen die Vorteile eher auf der Hand als für kleinere Gemeinden. So ergeben sich durch die Gemeindeauflösungen vor allem menschliche Probleme, die sich durch Unterschiede in der Infrastruktur (aber nicht nur durch diese allein) ergeben. Wenn man z. B. feststellt, daß das ganze Lavanttal (PB. Wolfsberg) mit seinen 3 Gerichtsbezirken nur noch aus 7 Gemeinden (3 Städte, 3 Märkte, 1 Dorf) besteht und die betroffenen Bürger viele Kilometer auf teilweise schlechten Verkehrswegen und nicht immer ausreichenden öffentlichen Verkehrsmitteln zurücklegen müssen, um ihre Ämter zu erreichen, so sollte das zu denken geben. Ähnliche, wenn auch nicht so krasse Beispiele sind in Niederösterreich die Großgemeinden Zwettl und Hollabrunn. Zu letztgenannter Stadt gehören nunmehr auch die drei ehemaligen Gemeinden des obersten Göllersbachtals, die für sich allein eine eigene Gemeinde mit über 1.000 Einwohner hätten bilden können. So sind es nun bis zu 15 km Weg ins Zentrum.

So haben die Gemeinde Wolfsberg nunmehr 29.000 und Zwettl/N.Ö. 12.000 Einwohner, können aber auf keiner Landkarte als Siedlungen dieser Größenordnung eingetragen werden, ohne das Bild zu verfälschen.

Vielfach kam es auch zu problematischen Fusionierungen, wie z. B. die Trennung der fast verwachsenen Gemeinden Mauer und Öhling, die zu Amstetten bzw. Oed gekommen sind oder die Eingemeindung von Unterpullendorf zu Frankenau anstatt zu Oberpullendorf. Die drei Gemeinden Hohenruppersdorf, Martinsdorf und Kleinharras, je 1 km voneinander entfernt, kamen zu 2 verschiedenen Politischen Bezirken, wobei Kleinharras mit dem 13 km entfernten Matzen verbunden wurde. Die drei nahe beieinander liegenden, fast verwachsenen Dörfer Prinzenhof, Rannersdorf und Ebersdorf a. d. Zaya, eine Pfarre bildend, konnten sich trotz intensiver Bemühungen nicht zu einer Gemeinde zusammenschließen. Diese Beispiele stehen für viele andere. Ursache dieser Entwicklung sind teilweise politische Erwägungen, aber auch innere Spannungen. Leider gingen die gerade auf dem flachen Land wichtigen menschlichen Bindungen zu den Amtsträgern teilweise verloren. In diesem Zusammenhang ist nicht uninteressant, daß die oft kleinen Pfarren bewußt erhalten geblieben sind, wenn auch nur teilweise besetzt.

Eine weitere interessante Folge der Gemeindegemeinschaften ist schließlich die Bildung von neuen Gemeindenamen, die als Ortsnamen nicht existieren. So gibt es in Tirol eine neue Gemeinde „Heinfels“, in Kärnten ein „Gitschtal“, in der Steiermark ein „Ilztal“, im Burgenland ein „Forchtenstein“ und in Niederösterreich ein „Gartenbrunn“, „Kreuttal“, „Steinfeld“, „Sulz im Weinviertel“, aber auch etwas problematische Neubenennungen wie

ein „Dunkelsteinerwald“ oder „Wienerwald“. Die einzelnen Gemeindeteile haben ihre Namen, die sie als selbständige Gemeinden hatten, behalten.

Quellen: Endgültige Ergebnisse über die Wohnbevölkerung nach Gemeinden (Ergebnisse der Volkszählung vom 12. Mai 1974 — Heft 1), hg. v. Öst. Stat. ZA., Wien 1971; Statistisches Jahrbuch österreichischer Städte, Wien 1972; Raumplanung in Österreich — Expertengutachten — Leitlinien und Aktionsprogramm der Bundesregierung, Wien 1969; Statistische Nachrichten (Wien), Nr. 9/1971, 3/1972, 3/1973; Amtl. Nachr. d. n.ö. Landesreg. v. 14. 10. u. 30. 12. 1972 und v. 31. 1. u. 30. 6. 1973; Arbeiter-Zeitung (Wien) v. 5. 12. 1973; Die Presse (Wien) v. 31. 3. u. 28. 9. 1972, v. 3. u. 8. 5., 19. 7., 2. 10. u. 29. 12. 1973 u. v. 3., 4., 5., 29. u. 30. 1. 1974.

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft](#)

Jahr/Year: 1974

Band/Volume: [116](#)

Autor(en)/Author(s): Köttner Ambros

Artikel/Article: [Urbanisierungstendenzen m und Gemeindezusammenlegungen in Österreich 228-236](#)